

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 327

2. Feb. 2005

11. Jahrgang

2005: Das Jahr beginnt schlecht in Sachen Menschenrechte

In ihrem Bericht über die im Jahr 2004 begangenen Menschenrechtsverletzungen schreibt die *Gruppe gegenseitige Hilfe* (GAM), dass entgegen aller Hoffnung, im ersten Regierungsjahr von Oscar Berger würde sich die Menschenrechtssituation verbessern, sich diese verschlechtert habe. Die GAM schreibt dies einer fehlenden Sicherheitspolitik zu. Sie berichtet von insgesamt 4505 Fällen von Menschenrechtsverletzungen, über die Hälfte davon, nämlich 2348, haben in gewaltsamen Morden geendet. Die GAM kritisiert, dass die Regierung die internationale Unterstützung bei der Bekämpfung der Gewalt abgelehnt habe, indem die Einrichtung der CICIACS torpediert wurde.

amnesty international veröffentlichte am 21. Januar ein Communiqué zur Menschenrechtssituation in Guatemala, in dem die Organisation grosse Besorgnis um die Sicherheit sich exponierender MenschenrechtsaktivistInnen ausdrückt. „Die Anzahl der Angriffe gegen MenschenrechtsverteidigerInnen hängt möglicherweise in einem Zusammenhang mit dem mangelnden politischen Willen der Regierung, das Problem der fehlenden Justiz und der klandestinen Gruppen anzugehen“, schreibt *amnesty international*, und weiter: „Wiederholt hat sich die Regierung Berger dazu verpflichtet, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen, doch bisher sind keine konkreten Resultate ersichtlich. Die Straflosigkeit, unter der die klandestinen Gruppen operieren können und der Schaden, der damit dem Rechtsstaat angetan wird, ist eines der grössten Hindernisse, mit dem die aktuelle Regierung zu kämpfen hat“.

Wir berichten im Folgenden über einige aktuelle Fälle, zu manchen hat *amnesty international* „Urgent Aktions“ verschickt.

Florentín und Makrina Gudiel, URNG-Mitglieder

Florentín Gudiel, der Bürgermeister von Cruz de la Esperanza, Escuintla, ist am 20. Dezember 2004 ermordet worden. Er war mit dem Fahrrad auf dem Heimweg aus dem nahegelegenen Ort Santa Lucía Cotzumalguapa und wurde von zwei anderen Radfahrern eingeholt, zuerst in den Rücken und dann mit dem Gnadenschuss in die Schläfe ermordet.

AIDOS, die Kriegsverletztenvereinigung der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) des Westens und Südens des Landes mit Sitz in Quezaltenango erklärte in einem Communiqué, dass es sich nicht um einen „gewöhnlichen“ Überfall, sondern um einen geplanten politischen Mord handle, der alle Charakteristika einer aussergerichtlichen Hinrichtung aufweise: Drohungen über längere Zeit hinweg, Zielgerichtete Verfolgung, Gnadenschuss und keinerlei Spur der Täter.

Florentín Gudiel starb 74-jährig. Er war aktives Mitglied der URNG, lebte bis nach den Friedensabkommen im Jahr 1996 während 18 Jahren im mexikanischen Exil und kehrte nach Guatemala zurück, wo er sich in der Gemeindepolitik engagierte. Im Jahr 2002 wurde er dafür als „anonymer Held“ des Jahres gewählt. In seiner Gemeinde war er ausserdem zuständig für die Umsetzung des Hausbauprojekts für demobilisierte URNG-KämpferInnen, initiiert von der *Stiftung Guillermo Toriello*.

Am Tag der Totenwache für Florentín Gudiel erschien eine Militärpatrouille unter Leitung eines Angehörigen einer Sondermilitäreinheit (Kaibil) in einem nicht gekennzeichneten Fahrzeug am Haus der Familie. Offenbar wollten die Militärs die BewohnerInnen und die BesucherInnen der Trauerfamilie einschüchtern und verängstigen.

Seit der Ermordung von Florentín Gudiel hat seine Familie zahlreiche Morddrohungen erhalten, vor allem seine Tochter Makrina Gudiel Álvarez, die sich als URNG-Gemeinderatsmitglied ebenfalls politisch engagiert.

Bereits in den vergangenen zwei Jahren hat sie etliche Morddrohungen erhalten, die nach der Ermordung ihres Vaters noch weiter zunahmten. So war bereits im November 2003 der

Anruf eines ehemaligen „Kaibil“ bei ihr eingegangen, der damit drohte, sie, ihren Sohn und ihren Vater umzubringen. Wenige Tage zuvor hatte der Mann sein Amt als Vorsitzender im Bildungsausschuss des Ortes an Florentín Gudiel abtreten müssen, der ihm Unterschlagung vorgeworfen hatte. Während des Jahres 2004 hatte Makrina Gudiel Álvarez einige Auseinandersetzungen im Gemeinderat, weil sie öffentlich auf Vorwürfe hingewiesen hatte, in denen Beamten der Gemeinde Veruntreuung zur Last gelegt worden war. Am 17. November 2004 erschienen bewaffnete und maskierte Männer bei ihr Zuhause, zogen sich aber wieder zurück, als sie feststellten, dass Makrina Gudiel Álvarez nicht dort war.

Am 14. Januar wurde aus einem anderen Fahrzeug Benzin auf das fahrende Auto von Makrina und einem Kollegen gegossen, wohl mit der Idee, dieses in Flammen zu setzen. Die beiden InsassInnen merkten jedoch rechtzeitig, dass es sich um Benzin und nicht um Wasser handelte, das auf ihre Windschutzscheibe gespritzt wurde und konnten sich auf dem Parkplatz eines Restaurants in Sicherheit bringen.

amnesty international äusserte grösste Sorge um die Sicherheit von Makrina Gudiel und ihrer Familie und die Menschenrechtsombudsstelle hat ihr einen sicheren Ort angeboten, wo sie sich mit ihrer Familie vorübergehend verstecken kann.

Armando Sánchez, Rechtsanwalt

Am 23. Dezember 2004 ging ein anonymer Anruf auf dem Mobiltelefon des Rechtsanwalts Armando Sánchez ein, in dem ihm gedroht wurde, er werde getötet, wenn er nicht innerhalb von fünf Tagen das Land verlasse. Er meldete die Morddrohungen und man gewährte ihm daraufhin Polizeischutz rund um die Uhr. Am 26. Dezember 2004 erschienen um 2 Uhr nachts drei Männer im Wohngebiet von Armando Sánchez und fragten in der Nachbarschaft nach dem Haus des Rechtsanwalts. Die Unbekannten hielten sich aber von dem Haus fern, weil zwei Polizisten vor der Tür standen. Der

Risiken ohne Gewinn

Guatemala, 15. Jan. Bereits am 9. September letzten Jahres, die Diskussion um das Goldminenprojekt Marlin war bereits in vollem Gange, informierte das *Secretariat für strategische Angelegenheiten* (SAE) die Exekutive darüber, dass der Minenabbau die Unregierbarkeit und Proteste provozieren und schwere Verluste für die Wirtschaft zur Folge haben würde. Offensichtlich wurde dieser Bericht nicht zur Kenntnis genommen, denn in den letzten Wochen ist die Gewalt nun tatsächlich ausgebrochen.

Das polemische Thema der Minen veranlasste das SAE, ein Szenarium mit möglichen Konsequenzen des Goldabbaus im Tagebau zu zeichnen. Das 25 Seiten umfassende Dokument bezieht sich auf den Minenbau im regionalen und weltweiten Kontext, und schliesst die sozialen und Umweltauswirkungen sowie die wirtschaftliche Bedeutung mit ein.

„Diese Aktivität bringt ein hohes Konfliktpotential auf allen Ebenen mit sich.“ Und weiter: „Die Erfahrungen zeigen das Anhalten eines Protestmusters

mittels der Blockierung von Strassen, was Millionenverluste zeitigt.“

Präsident Berger ist nach eigenen Aussagen über den Bericht informiert, doch die Vorfälle von 11. Januar, in denen ein Mann starb und DemonstrantInnen sowie PolizistInnen verletzt wurden, bewertet er nicht als Form der Unregierbarkeit. „Es war ein Akt der Gewalt, wie jeder andere. Wir haben jeden Tag Gewalttaten in diesem Land“, so Berger.

Die SAE-StrategInnen warnen ausserdem davor, dass das Konfliktpotential in ländlichen Gebieten – wie Sololá eins ist – in dem Masse ansteigen wird, in dem die Projektentwicklung fortschreitet.

Ein weiterer Aspekt des Berichts belegt, dass „im speziellen Fall von Guatemala das Gold-Abbauprojekt Marlin ein Risiko für die Unversehrtheit der Umwelt in der Zone darstellt, in dem das Projekt stattfinden wird.“

Das SAE empfiehlt dem *Energie- und Minenministerium* (MEM), die Exploitationslizenzen für den Bergbau zu überprüfen, denn die Dauer eines solchen

Unterfangens sei nur kurz und die eingeschränkte Einstellung von Personal stelle keine Möglichkeit für die lokale Entwicklung dar.

Edmundo Urrutia, Chef des SAE, verweist auf ein anderes zu beachtendes Szenario: Dass das Nicht-Verhandeln Seitens der Regierung mit allen Betroffenen die Schwächung des Rechtsstaats und Verstösse gegen das Gesetz zur Folge haben könnten.

Die aktuellen Ereignisse scheinen die Vorhersagen des SAE mehr als deutlich zu bestätigen.

Während Erwin Sperisen, Direktor der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC), versicherte, den SAE-Bericht nicht zu kennen, wies Vizepräsident Eduardo Stein darauf hin, dass das SAE ihm und dem Präsidenten wöchentlich Berichte zu diversen Themen einreiche. In diesem Fall habe die Analyse dazu gedient, eine Überredungs- oder auch Abschreckungsstrategie gegenüber der Bevölkerung Sololás zu entwickeln. Ob er das Resultat der Strategie als Erfolg misst, bleibt dahingestellt.

Änderungen in Sachen Minengesetz?

Guatemala, 28. Jan. Nicht in allem ist man sich uneins in San Miguel Ixtahuacán und Sipacapa, San Marcos. Die BewohnerInnen, säkulare und religiöse Autoritäten sowie die BäuerInnenbewegung der beiden Munizipien stimmen in einer Sache zumindest überein: Das 1%, das der Staat und die Gemeinden für den Gold- und Silberabbau bekommen, ist sehr wenig. Deswegen fordern sie nun eine höhere Quote der Dividende, im schlimmsten Fall anstelle dessen Infrastrukturprojekte. Unterschiedlich ist der Ton der Forderungen. Während Bischof Ramazzini in seinen jüngsten Gesprächen mit der Regierung eine Abgabe von 50% forderte, meinte ein Anwohner lakonisch: „Uns wird es ergehen, wie den Indígenas während der Eroberung, denen sie Spiegel gaben und das Gold mitnahmen“.

Alejandro Arauz, Geologe, Verwalter der Naturressourcen und Leiter der Umweltabteilung der berühmten-berühmten Firma Montana, die die Abbaukonzession für die Zone erhalten hat, erwidert, dass der eine oder die andere wohl schlecht informiert sei und erläutert, dass die Lizenzgebühr, also das 1%, lediglich eine zusätzliche Steuer sei und nicht die einzige Belastung, die das Unternehmen zu zahlen habe. Vielmehr sei sie eine Kompensation über die Bruttoproduktion, ohne Abschlag irgendwelcher Kosten. Hinsichtlich der Nettogewinne werde Montana die Steuern zahlen, wie jedes andere Unternehmen auch.

Arauz gesteht zu, dass die in San Marcos gefundene Goldquelle sehr wichtig sei. Im zentralamerikanischen Vergleich sei sie die grösste, auf weltweitem Niveau liege sie im Mittelfeld. Gemäss seiner Schätzungen fänden sich zwischen 2,5 und 3 Mio. Unzen des goldenen Metalls an diesem Ort, jede einzelne mit einem Marktwert von ca. 400 US-\$ (3'200 Quetzales).

In Bezug auf die vorhandene Silberader gibt es laut dem Experten rund 15mal mehr als Gold, jede Unze sei ca. 106 US-\$ (Q 848,-) wert. Die Arbeitszone von Montana umfasst dabei rund 500 Hektar.

Im geplanten Minenabbau sollen 1'600 Personen mit einem Mindesttagelohn von 50 Quetzales arbeiten. „An der Südküste, an die die meisten BewohnerInnen der beiden Gemeinden ziehen, um zu arbeiten, werden dagegen 20 Quetzales täglich gezahlt“, so Arauz.

Vinicio López, Experte des *Movimiento de Trabajador@s* (MTC) von San Marcos, bezweifelt hingegen, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen den BewohnerInnen wesentlich weiterhilft. Was sind schliesslich 1'600 Jobs für zwei Gemeindebezirke, in denen 51'000 Menschen leben, wo sich doch die Anzahl der Arbeitsplätze zu Beginn des tatsächlichen Abbaus, geplant für Anfang 2006, auf maximal 350 reduziert?

Die Regierung plant unterdessen gesetzliche Veränderungen für die Prozesse der Exploration und Exploitation von

Bodenschätzen für das laufende Jahr. Diese sollen sich auf die Lizenzgebühr und dessen Gebrauch sowie auf die Qualitäts- und Umweltkontrollen beziehen, informierte Jorge García, Leiter der Generaldirektion für Bergbau. Die Modifikationen werden in Zusammenarbeit mit ausländischen „ExpertInnen“ sowie mit den entsprechend zuständigen Ministerien erarbeitet, um die Kompatibilität von Umwelt- und Minengesetzen zu gewährleisten. Auch im Umweltbereich aktive Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) sollen mit einbezogen werden.

Es gibt zwar bereits eine Einheit zur Minenkontrolle, die den Energie- und Umweltministerien untersteht, doch um die Überwachung zu stärken, soll eine unabhängige Kommission geschaffen werden. Darin werden voraussichtlich RepräsentantInnen der drei grossen Universitäten und Mitglieder der NRO-Vereinigung sitzen, die die jeweiligen Umweltverträglichkeitsprüfungen in den verschiedenen Phasen überwachen und die Analyseresultate und Empfehlungen publik machen.

Am 27. Januar protestierten in San Marcos rund 2'000 Personen im Rahmen eines "Marsches für das Leben" gegen die Minentätigkeit in der Region. Am selben Tag fand ein öffentliches Forum zum Thema statt, an dem neben Bischof Ramazzini auch der zur Zeit in Guatemala weilende UNO-Sonderbeauftragte für Ernährungssicherheit, Jean Ziegler, teilnahm.

„Die Vernunft setzt sich nie durch“

Guatemala, 13. Jan. So überschreibt Carolina Escobar Sarti folgenden Beitrag in der Tageszeitung *Prensa Libre*: „Der Titel des Artikels steht in Anführungszeichen, denn er stammt aus den Aussagen des Innenministers, Carlos Vielmann zu den Vorfällen in Los Encuentros. Der Minister ist der Ansicht, dass „trotz der Bemühungen der Autoritäten, die Bevölkerung zu überzeugen, die Maschinen (des Minenunternehmens *Montana*) ihren Weg fortsetzen zu lassen, sich die Vernunft nie durchsetzt“. Er fügt hinzu, dass weiterhin „alle Anstrengungen, den Rechtsstaat durchzusetzen, mit der nötigen Menge an PolizistInnen unternommen werden“.

Ausgehend davon, dass der Minister ein Diener des Volkes ist und wir, die guatemalteckischen BürgerInnen ihm sein Gehalt zahlen, verwirren diese Erklärungen ein bisschen. Die Gemeinden, die sich durch den Minenabbau bedroht fühlen, haben ebenfalls versucht, die Autoritäten davon zu „überzeugen“, dass der Bergbau nicht die beste Option für ihre Entwicklung ist. Doch sie verfügen nicht über Kontingente von Polizisten und Militärs, um diese umzustimmen.

Vielmehr müsste einE MinisterIn, wollte er/sie den Rechtsstaat durchsetzen, erst einmal anfangen, das Recht der BewohnerInnen dieser Gemeinde zu respektieren, bevor er/sie über ihre Gegenwart und Zukunft entscheidet.

Es müsste sich der Weg des Dialogs erschöpfen, bevor es zu solchen Situationen wie in Los Encuentros kommt, die sich zu dem reiht, was vor einigen Monaten auf der Finca Nueva Linda geschah. Es scheint sich eine ganz besondere Art und

Weise der Regierung abzuzeichnen, solche Konflikte zu lösen.

Gleichzeitig verfügt das Minenunternehmen *Montana* über die ausreichenden Ressourcen, um seinen eigenen privaten Sicherheitsdienst unter Vertrag zu nehmen. So müssten nicht wir alle sie sponsern und ihnen sowohl die Polizei als auch das Militär zur Verfügung stellen, während sich die Gewalt auf unseren Strassen gnadenlos ausbreitet.

Das Unternehmen *Montana* fängt unter einem schlechten Stern an; vielleicht kam es hierher, um das zu tun, was es im eigenen Land nie tun dürfte. Es hat grosse Summen in die Werbung investiert, um glauben zu machen, dass viele Arbeitsplätze und Entwicklung geschaffen würden. Es hat sehr geschickt mit den PolitikerInnen verhandelt und bietet an, „unter den striktesten Umwelt- und Sozialnormen zum Wohl des Landes“ zu operieren.

Doch wir wissen, dass diese Jobs kurzfristige Plazebos ohne Zukunft sind, dass es in zehn Jahren keine solche versprochene Entwicklung in den bis dann fast wüstenähnlichen Gemeinden geben wird. Andererseits verfügen wir gar nicht über die ausreichenden Konditionen, um die Einhaltung der Umweltnormen zu überwachen (dies sagt der Umweltminister, nicht ich).

Doch das wirkliche Problem sind nicht die Arbeitsplätze, nicht das Unternehmen, sei es national oder transnational, noch nicht einmal der Grad der Politisierung dieser Angelegenheit.

Das zentrale Problem ist das Wasser. Denn dieses steht dem Unternehmen nicht nur gratis zur Verfügung (250'000 Liter pro Stunde, für die es kei-

nen Centavo an Guatemala zahlen wird), sondern es wird zudem irreversibel mit der Blausäure Zyanid kontaminiert, in Mengen, die für jegliches Lebewesen schädlich sind, ins Grundwasser zurückgeführt.

Würden Sie sich nicht bedroht fühlen, wenn Sie wüssten, dass Sie in zehn Jahren in einer Wüste leben werden? Wollten Sie Ihre kleinen Kinder mit verseuchtem Wasser waschen und beobachten müssen, wie ihnen die Haare ausfallen oder ihre Haut erkrankt?

Es reicht zu sehen, was im Tal *Valle de Siria* in Honduras passiert ist und was in Afrika zu beobachten ist, wo ebenfalls Gold im Tagebau abgebaut wurde.

Es ist in Ordnung, dass investiert wird, aber es ist überhaupt nicht in Ordnung, dass in der Hauptstadt über die Zukunft der Gemeinden entschieden wird; es ist gar nicht in Ordnung, dass die Interessen eines ausländischen Unternehmens mehr und besser geschützt werden, als die der guatemalteckischen Bevölkerung. Es ist nicht in Ordnung, dass eine Fussgängerbrücke abmontiert wird, die vor langer Zeit von den AnwohnerInnen gebaut wurde, allein, damit eine Bergbaumaschine passieren kann. Es ist nicht in Ordnung, dass in diesem Kontext jemand sterben muss und auch die Gewalt, die von den Leuten der Gemeinden gegen Fahrzeuge, Personen und Strassen ausgeübt wird, ist nicht in Ordnung.

Möglicherweise hat der Minister doch nicht ganz Unrecht, dass in der Angelegenheit des Minenbergbaus nie die Vernunft obsiegt hat. Seitdem das Bergbauunternehmen in dieses Paradies gekommen ist, haben einige unserer PolitikerInnen komplett den Verstand verloren.“

Landwirtschaftsministerium diffamiert die *Plataforma Agraria*

Guatemala, 21. Jan. Juan Tuyuc, Álvaro Ramazzini und Clara Arenas, Mitglieder der *Plataforma Agraria* (PA), hielten eine Pressekonferenz ab, um die *Koalition für Transparenz* zu einer Untersuchung der finanziellen Mittel zu veranlassen, die von den dreizehn Organisationen, die zur PA gehören, verwaltet werden. Auf diese Weise soll die Anzeige widerlegt werden, die das Landwirtschaftsministerium (MAGA) vor der Staatsanwaltschaft wegen mutmasslicher Veruntreuung von Geldern gegen ein PA-Mitglied, Juan Tuyuc, erhoben hatte.

Gemäss der Anklage des MAGA habe eine Rechnungsprüfung der Vereinigung *Asociación de Sololatecos Unidos para el Desarrollo Integral* (ASU-DI), die zur PA gehört und die von Tuyuc koordiniert wird, ergeben, dass diese während des Jahres 2003 mit Geldern, die das

Ministerium der *Plataforma* übergeben hatte, Misswirtschaft getrieben hätte. Das Geld, das im letzten Regierungsjahr von Ex-Präsident Portillo ausgezahlt worden war, war dazu bestimmt, den Forderungen derjenigen BäuerInnen zu begegnen, die von dem Sturz des Kaffeepreises betroffen waren. Die Revision habe nun einige Unregelmässigkeiten in der Buchhaltung aufgedeckt.

Dagegen gibt die PA in einer Pressemitteilung bekannt, dass die Regierung ein neoliberales Projekt für den Landwirtschaftssektor vorantreibe, das die Vorschläge negiere, die an der Stärkung der bäuerlichen Wirtschaft orientiert seien. In dem Moment, in dem sich die Regierung jedoch mit einer Opposition gegen ihre Willkür konfrontiert sähe, wende sie gleich die Repression und die Lügen als Strategie an, die BäuerInnen zu schwä-

chen.

Der Vorschlag zur ländlichen Entwicklung der *Plataforma* versuche hingegen, die assistentialistische Politik und die Verschuldung zu beenden, die vom Markt gefördert würden, damit die BäuerInnen selbstständig würden und die soziale Organisation gestärkt werde.

Zudem soll die Regierung Bergers die *Plataforma* insofern diffamiert haben, als dass sie sie mit der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) in Verbindung brachte.

Die Anschuldigungen wegen Veruntreuung von Geldern von Seiten des Ministeriums werden von dem Agrar-Zusammenschluss als Verleumdung und Beleidigung interpretiert, Delikte, die in den Gesetzesartikeln 33 und 34 im Rahmen der Meinungsfreiheit behandelt werden.

Militarisierte Polizei

Guatemala, 24. Jan. Erwin Sperisen, Direktor der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) beantragte bei Verteidigungsminister Carlos Aldana Villanueva mehr Soldaten, um die Polizei bei ihrem Kampf gegen des Verbrechen zu unterstützen. Die Anzahl möchte er von heute 300 auf 500 Soldaten erhöhen, die er an in Sachen Kriminalität besonders heiklen Orten einsetzen will.

Doch nicht nur auf der Strasse, auch auf strategischer Ebene wird die Polizei vom Militär unterstützt. Mindestens vier, im letzten Jahr freiwillig zurückgetretene Militärs wurden von der Polizei als Berater und Leiter von bestimmten Einheiten angestellt. In unzufriedenen Polizeikreisen spricht man gar von deren zwölf, offiziell heisst es vier, Innenminister Carlos Vielman hingegen spricht von mindestens 20 Ex-Militärs, die heute eine Anstellung in der Polizei hätten.

Verónica Godoy von der zivilgesellschaftlichen *Inстанz für Monitoring und Assistenz in Sicherheitsfragen* (IMASP) kritisiert, dass, auch wenn die vier als Zivilpersonen angestellt sind, sie doch eine militaristische Linie verfolgen. Die Anstellung von Personen einer Institution (das Militär), in welcher Korruption herrscht, würde die Polizei nur schwächen, meinte Godoy.

Die ANN-Kongressabgeordnete Nineth Montenegro betonte, dass es für die Modernisierung und Restrukturierung der Polizei kein Militär brauche. Diese sei nicht darauf vorbereitet, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten sondern hätte während des bewaff-

neten Konflikts das Handwerk der Kriegsführung erlernt. Weiter kritisierte Montenegro, dass Personen, die vom Staat bereits eine Abgangentschädigung erhalten hätten, nun wieder in den Staatsdienst eintreten und Gehalt beziehen würden.

In Polizeikreisen hiess es, die neuen Berater der Institution hätten Sperisen empfohlen, keine Daten und Zahlen mehr über die Anzahl der Morde, Bank- und Busüberfälle an die Presse zu geben, weil es besser sei, wenn die Bevölkerung davon nichts wisse.

Sperisen hingegen verteidigte seine Berater: Die Militärs verfügten über Mythos, Disziplin und wüssten Befehle zu empfangen, Eigenschaften die der momentanen Polizei abgingen. Er weigerte sich, die Namen der angestellten Ex-Militärs bekannt zu geben, sie seien seine Mitarbeiter und Punkt. Falls er mehr brauche, würde er mehr einstellen und

wenn es den Polizisten nicht passe, könnten sie ja kündigen, so Sperisen.

Doch nicht nur Personal stellt das Militär der Polizei zur Verfügung, sondern auch 20 Pferde, ausgebildet für die Strassenpatrouille. Die Effizienz dieser Pferde in der Verfolgung von Verbrechen ist umstritten, billig ist der Spass auf alle Fälle nicht. Jährlich rechnet man mit Kosten von rund 1750 US-\$ für Pflege, Impfungen und Beschläge pro Tier.

KritikerInnen der berittenen Polizei erinnern daran, dass diese bereits einmal in den Strassen Guatemalas patrouillierte. Nämlich 1931, unter dem damaligen Militärdiktator Jorge Ubico Castañeda. Auch damals eingeführt unter dem Vorwand, die Delinquenz zu bekämpfen, erlangte sie traurige Bekanntheit bei der Auflösung einer LehrerInnendemonstration gegen den Diktator und dessen repressive Politik, bei der die Lehrerin María Chinchilla ums Leben kam.

Die 35 Kongresskommissionen mit neuen neuen PräsidentInnen

Guatemala, 26. Jan. Alljährlich werden die Vorsitzenden der verschiedenen thematischen Arbeitskommissionen des Kongresses unter den Abgeordneten neu verteilt. Die Wahl findet geheim über eine Liste von KandidatInnen statt, die im Vorfeld unter den FraktionspräsidentInnen ausgehandelt wird.

Auffallend an der diesjährigen Neuverteilung der Vorsitz ist, dass Anabella de León (GANA) und Nineth Montenegro (ANN), zwei Frauen, die für ihr Engagement innerhalb des Parlaments bekannt sind, keine Kommission mehr präsidieren werden. Die Menschenrechtskommission, deren Vorsitz Montenegro innehatte, wurde ihrer Parteigenossin María Reinhardt übergeben, es heisst, parteiinterne Probleme hätten dafür gesorgt, dass Montenegro nicht mehr vorgeschlagen wurde. Sie musste ebenfalls den Vorsitz der Partei an Jorge Soto abtreten. De León, welche auch letztes Jahr keine Kommission leitete, hatte das Pech, dass ihr Parteiverantwortlicher, Héctor Pérez, der sie nach eigenen Aussagen für eine Kommission vorschlagen wollte, zu spät zur Sitzung kam, wo darüber verhandelt wurde.

Frauenorganisationen solidarisierten sich sofort mit den beiden ParlamentarierInnen und bezeichneten das Verhalten des Kongresses als diskriminierend und als Zeichen des herrschenden Machismus unter den „Vätern der Heimat“.

Frauen, die eine eigene Meinung hätten und sich derjenigen der Männer

widersetzten, würden von diesen als Gefahr wahrgenommen. Beide haben sich zum Beispiel gegen die Gehaltserhöhung ausgesprochen, welche sich der Kongress Ende 2004 gewährte, jedoch auf Druck und Kritik von aussen und von innen in den ersten Tagen dieses Jahres wieder rückgängig machte.

Auf die Frage, weshalb sie keine Kommission übertragen bekommen habe, antwortete Montenegro, dass es leider immer noch so sei, dass nicht die Fähigkeit und der Einsatz zählten, sondern das Talent, zu „mischeln“. Man sei nicht an starke Frauen gewöhnt, denn auch Männer hätten sich der Gehaltserhöhung widersetzt, ohne dass sie von den KollegInnen dafür sanktioniert worden wären. Und: Selbstverständlich würde sie ihre Arbeit im Kongress weiterführen wie bisher, dafür müsse sie nicht notwendigerweise den Vorsitz einer Kommission innehaben.

Auch De León ist der Meinung, dass sie von ihren Parteigenossen „bestraft“ wurde für ihre kritische Haltung und für ihre konsequente Bekämpfung der Korruption, auch in den eigenen Reihen.

Dora Amalia Taracena von der Organisation *Convergencia Cívico Política y Ciudadana de Mujeres* ruft alle politisch organisierten Frauen dazu auf, sich für die Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen stark zu machen, ihren Platz in den Parteien und Organisationen einzufordern und für ihre Rechte zu kämpfen.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Auslieferungsvertrag mit Mexiko

Guatemala, 21. Jan. Das Kongressplenum verabschiedete mit dem Dekret 5-2005 und der Unterstützung aller Fraktionen die Ratifizierung eines neuen Auslieferungsabkommens zwischen Guatemala und Mexiko. Das bislang gültige wurde 1894 unterzeichnet, das neue von der Exekutive und der mexikanischen Regierung im März 1997 firmiert.

Das Dekret bezieht sich auf die Auslieferung von Personen, die als Verantwortliche für rechtswidrige Taten in beiden Ländern gelten. Neu werden unter anderem Verbrechen wie Geldwäsche und Drogenhandel mit einbezogen, Delikte, die vor mehr als einem Jahrhun-

dert noch nicht bekannt waren.

Beide Länder verpflichten sich dazu, sich gegenseitig Personen auszuliefern, die sich auf dem jeweiligen Territorium der beiden Staaten befinden und gegen die von einem der beiden Länder ein rechtlicher Haftbefehl besteht.

Die Verabschiedung erfolgte einstimmig, obwohl die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) sich noch eine Woche vorher dagegen aussprach. Dies wohl aus Furcht davor, dass das Dokument einen besonderen Zweck verfolgen: die Auslieferung des Ex-Präsidenten Alfonso Portillo, der im nördlichen Nachbarland residiert. Doch nach Prüfung

des Textes erscheint den FRGlerInnen diese Möglichkeit wohl für eher unwahrscheinlich, denn der Ex-Landeschef könnte politische Verfolgung als Grund vorbringen und so seine Rückkehr nach Guatemala verhindern.

In welcher Art diese Verfolgung bestehen sollte, sei dahingestellt. Nineth Montenegro, Abgeordnete der *Allianz Neue Nation* (ANN), versicherte unterdessen, dass, sollte der Ex-Präsident mit einem gerichtlichen Prozess in Verbindung gebracht werden, wie er derzeit gegen den *Generalstab des Präsidenten* (EMP) läuft, die Auslieferung Portillos durchaus realisierbar sei.

Das Netz zieht sich enger um Portillo und Konsorten

Guatemala, 22. Jan. Julio César Girón, guter Freund und ehemaliger Privatsekretär des flüchtigen Ex-Präsidenten Alfonso Portillo, muss sich einer Untersuchung unterziehen, die herausfinden will, welche wirklichen Motive das Mobiltelefon-Unternehmen COMCEL hatte, Schecks über 3,5 Mio. US-\$ auf seinen Namen auszustellen.

Zwischen Oktober 1999 und Juni 2000 überwies COMCEL insgesamt fünf Schecks, vier davon direkt auf Giróns Konten, einer über den Umweg eines Kontos von César Medina Farfán, ebenfalls ein inniger Freund Portillos.

Die engen Beziehungen des Unternehmens COMCEL mit der politischen Elite des Landes sind nichts Neues. Der erste Anruf über ein Funktelefon in Guatemala wurde im Jahr 1990 vom damaligen christdemokratischen Präsidenten Vinicio Cerezo aus dem Präsidentenpalast getätigt. Ein Jahr zuvor erhielt das Unternehmen COMCEL von der selben Regierung die Lizenz für die Betreibung einer Frequenz für Telefonfunk.

Girón war Portillos engster Vertraute, in guten wie in schlechten Zeiten. Das Ausmass seiner Macht ging soweit, dass er das präsidiale Flugzeug für Privatreisen benutzte, ohne dass diese offiziell registriert wurden. Z.B. nach Panama, wo er zusammen mit Portillo in die als *Conexión Panamá* bekannte Korruptionsaffäre involviert ist. Es war auch Girón, der Portillo half, Anfang 2004, als die Korruptionsbeschuldigungen immer lauter wurden, das Land zu verlassen.

Während der aktuellen Untersuchungen haben sowohl Julio Girón wie auch COMCEL zugegeben, dass die Millionen für die Finanzierung des „politischen Projekts“ von Alfonso Portillo bestimmt waren. Explizit nicht für die von Ex-General Ríos Montt geführte FRG, deren Kandidat Portillo war und die sich nun

entsprechend von ihm distanziert. In der Regierung Portillos fanden sich zahlreiche Militante und Kader der ehemaligen christdemokratischen Regierungspartei.

Die Gretchenfrage ist nun, was COMCEL für diese, nicht in die Parteikassen, sondern auf Privatkonten gezahlten 3,5 Mio. US-\$ erhielt. Angeblich nichts, wie der aktuelle Geschäftsführer des Unternehmens, Ricardo Gonzáles, sagt.

PolitologInnen mit einem etwas besseren Gedächtnis erinnern hingegen daran, dass während der Regierungszeit von Portillo die "Miete", die COMCEL für die Frequenz bezahlen musste, von jährlich 42 Mio. Quetzales (ca. 5 Mio. US-\$) auf 1 Mio. Quetzales schrumpfte. Und 2003

verkaufte die Regierung die Frequenz ganz an COMCEL. Gleichzeitig lief die definitive Privatisierung der guatemalteki-schen Telefongesellschaft TELGUA.

Als Folge dieses offensichtlichen Beweises für die Käuflichkeit von PolitikerInnen, wird nun einerseits die seit längerem diskutierte Verschärfung über das Gesetz der Finanzierung von Wahlkampagnen gefordert.

Auf der anderen Seite soll der Kommissar für Transparenz und gegen Korruption, Hugo Maul, prüfen, ob die Verhandlungen, die im Verkauf der Frequenz an COMCEL kulminierten, rechtmässig gelaufen seien. Ansonsten werde überlegt, ob der Vertrag annulliert werden soll.

Gelebte Interkulturalität

Quetzaltenango, 22. Jan. Der Vorstand des BürgerInnenkomitees Xel-Jú wählte zum erstenmal in seiner 35-jährigen Geschichte eine nicht-indigene Person als Präsidenten für die kommenden 3 Jahre. Der neue Präsident, Jordán Rodas Andrade, ist Mitglied des Gemeinderates von Quetzaltenango. Der Entscheid, eine nicht-indigene Person zu wählen, wurde laut Xel-Jú bewusst und als ein Beispiel gelebter Interkulturalität getroffen.

Das BürgerInnenkomitee wurde 1970 gegründet, um die politische Beteiligung der indigenen Bevölkerung der Stadt zu fördern, ihnen den Zugang in politische Entscheidungsgremien zu erleichtern und ein Gegengewicht zur rassistischen und diskriminierenden Politik in der zweitwichtigsten Stadt des Landes zu setzen.

Zweimal hintereinander gelang es dem Komitee, den Bürgermeister zu stellen: Rigoberto Quemé Chay führte von 1995 – 2004 durchgehend die Geschäfte der Stadt und war überhaupt der erste indigene Bürgermeister der Stadt mit einem indigenen Bevölkerungsanteil von ca.

60%.

Der neue Präsident des Xel-Jú sagte in einem Interview, mit seiner Wahl sei bewiesen worden, was man alles erreichen könne, wenn genügend politischer Wille vorhanden sei, ausserdem sei es der Beginn eines Prozesses, der von den neuen Generationen in Quetzaltenango gefordert würde: Die Interkulturalität nicht nur als Theorie zu preisen, sondern auch in die Praxis umzusetzen.

Mit der Idee, die ländlichen Gegenden des Landes bankmässig zu entwickeln, führte die BANRURAL in verschiedenen Regionen des Landes sogenannte mehrsprachige Bankautomaten ein. Diese stehen in der Nähe der Marktplätze, erkennen nicht nur Nummerncodes sondern auch Fingerabdrücke und geben gesprochene Anweisungen in den Indígena-Sprachen K'iche, Q'anjobal, Kaq'chiquel und Mam. Gemäss Sergei Walter, dem Leiter des Projekts, hat die BANRURAL, die drittgrösste Bank des Landes, rund 2,3 Mio. KundInnen, von denen 42% indigener Herkunft ist.